Reformdruck wächst: IV fordert mutige Maßnahmen für Österreichs Zukunft!

Die Industriellenvereinigung fordert strukturelle Reformen und Einsparungen zur Sanierung des Budgets in Österreich.

Vienna, Österreich - Inmitten wachsender finanzieller Herausforderungen fordert die Industriellenvereinigung (IV) unter Präsident Georg Knill eine mutige Reformagenda von der kommenden Bundesregierung. In einem klaren Appell wird betont, dass Österreich eine „Fitnesskur“ dringend benötigt, um die ungebremste Ausgabenpolitik zu beenden. Knill wandte sich gegen kurzfristige Lösungen und betonte die Notwendigkeit, strukturelle Probleme ernsthaft anzugehen, anstatt lediglich mit Geld zu jonglieren. Dies berichtete **vienna.at**.

Der IV-Präsident sprach zudem das Ende des „Gießkannenprinzips“ an, welches in den vergangenen Jahren ineffiziente Maßnahmen wie den Klimabonus hervorgebracht habe. Für 2024 sind hier 1,5 Milliarden Euro eingeplant, die Knill als dringlich abzulehnen propagiert. Die Ausgaben für Förderungen, momentan bei 7,5 Prozent des BIP, liegen verheerend über dem EU-Durchschnitt von 5,7 Prozent. Eine Anpassung auf diesen Schnitt könnte Österreich ein Einsparungspotential von 8,5 Milliarden Euro erbringen. Auch der Bereich Bildung, mit einer jährlichen Belastung von 500 Millionen Euro durch die Bildungskarenz, steht zur Diskussion, da gezielte Reformen als notwendig erachtet werden, so **OTS.at**
.

Dringliche strukturelle Reformen gefordert

Knill sieht nicht nur kurzfristige Maßnahmen als Lösung, sondern fordert umfassende strukturelle Reformen in den Bereichen Verwaltung, Gesundheitswesen und Bildung. Eine Studie weist auf erhebliche Effizienzdefizite hin, und es wird geschätzt, dass durch gezielte Maßnahmen ein Einsparungspotential von bis zu 18,7 Milliarden Euro realisiert werden könnte. Das aktuelle Pensionssystem, als ungerecht und belastend für zukünftige Generationen empfunden, erfordert ebenfalls Reformen, um die finanzielle Stabilität bis 2050 zu gewährleisten. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, wird eine Anhebung des Pensionsantrittsalters vorgeschlagen, um wesentliche Einsparungen bis 2029 in Höhe von 10 Milliarden Euro zu erzielen.

Die IV drängt die Regierung, diese Reforminitiativen nicht zu ignorieren, sondern mutig umzusetzen, um Österreich auf einen nachhaltigen finanziellen Kurs zu bringen. „Die Lösungen liegen auf dem Tisch, jetzt ist politischer Mut gefragt“, so Knill abschließend. Damit wird klar, dass sofortige Maßnahmen entscheidend sind, um die finanziellen Herausforderungen des Landes zu bewältigen.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Vienna, Österreich
Quellen	• **www.vienna.at** • **www.ots.at**

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at